

## Fasanenweg 3a 66129 Saarbrücken

Sparkasse Neunkirchen, BLZ 592 520 46 Konto Nr. 50236423 Andrea Martin

Sprecher
Bernhard Strube
Fasanenweg 3a, 66129 Saarbrücken
Telefon: 06805 21010
Handy: 0163 2819959
Bernhard:Strube@t-online.de

## Auseinandersetzung mit der von der Landesregierung beabsichtigten Einsparung von Lehrerstellen bei der schulischen Bildung

(Stand 22.8.2013)

## Absicht der Landesregierung

Nach Mitteilung des Bildungsministeriums hat die Landesregierung in ihren Gesprächen mit den Gewerkschaften folgendes bekannt gegeben:

Aufgrund der demografischen Entwicklung ist in den Jahren 2010 bis 2020 mit einem Rückgang der Schülerzahl um 21 Prozent zu rechnen. Die durch diesen deutlichen Schülerrückgang entstehende so genannte demografische Rendite umfasst ca. 1.400 Lehrerstellen. Das heißt: Der Schülerrückgang verursacht bis 2020 einen rechnerischen Minderbedarf von 1.400 Lehrerstellen.

Diese demografische Rendite verbleibt komplett im Bildungssystem: 812 Stellen bleiben weiterhin im Schulbereich und werden dort für Qualitätsverbesserungen genutzt: kleinere Klassen, Ausbau der Ganztagsschulen, Personalisierung der Inklusion, etc.. Die übrigen 588 Stellen werden innerhalb des Bildungsressorts umgeschichtet. Dies bedeutet, dass der Gegenwert dieser Stellen für die Umsetzung von Maßnahmen im Bildungssystem verbleibt.

Die Umschichtung erfolgt in jährlichen Schritten: Im Jahr 2014 werden 38 Stellen, die im Jahre 2010 für einen befristeten Zeitraum geschaffen und mit einem kwVermerk versehen wurden, umgewandelt. Diese Umwandlung war bereits für 2013 vorgesehen und erfolgt somit ein Jahr später. In den Folgejahren werden in Abhängigkeit von Ruhestandsversetzungen und Bedarfen bis 2020 im Durchschnitt 80 bis 90 Stellen pro Jahr umgeschichtet (rechnerisch durchschnittlich 84 Stellen).

Auswirkungen auf die Schüler-Lehrer-Relation: Trotz dieser Stellenumwandlung wird sich die Relation Schüler je Lehrerstelle von 17,4 im Jahr 2010 auf 14,7 Schüler je Stelle bis 2020 verbessern.

## Die Landeselterninitiative für Bildung nimmt dazu wie folgt Stellung:

Nach Auskunft des Bildungsministers in einem Gespräch mit Elternvertretern am 20. August 2013 stammt die Prognose eines Schülerrückgangs um 21 % bis zum Schuljahr 2020/21 aus dem (im Auftrag der Landesregierung erstellten) Bericht "Analyseergebnisse aus der Haushaltsstrukturkommission des Saarlandes" von PricewaterhouseCoopers (PWC) vom Juni 2011 (dem Prognosen des Ministeriums von Anfang 2010 zugrunde lagen). Der diesem Schülerrückgang entsprechende Minderbedarf von 1.400 Vollzeitlehrerstellen sei das Ergebnis einer internen Berechnung seines Hauses. PWC hatte bei seinen Betrachtungen der Entwicklung der Schülerzahlen von 2010/11 bis 2020/21 nur die allgemein bildenden Schulen untersucht (Seite 28 des Berichts; siehe Tabelle unten).

Die Landeselterninitiative für Bildung stellt den Minderbedarf in Höhe von 1.400 Lehrerstellen in Frage und befürchtet eine viel zu hohe Einsparung von Lehrerstellen bei den Schulen im Land. Eigene Berechnungen auf der Basis von aktuellen Prognosezahlen des Bildungsministeriums (schriftliche Auskunft des Bildungsministeriums von Ende Juni 2013 - Referat D1) kommen zu einem viel geringeren Rückgang der Schülerzahlen:

Vergleich der Schülerzahlentwicklung an allgemein bildenden Schulen Ministerium 2013 gg. PWC 2011

Schuljahr	Schüler <sup>1</sup> Allg. bild. Schulen	Schüler <sup>2</sup> Allg. bild. Schulen
	Ministerium 2013	PWC 2011
2010/11	89.750	91.000
2011/12	88.334	88.900
2012/13	86.339	86.300
2013/14	84.393	83.900
2014/15	82.501	81.600
2015/16	80.618	79.400
2016/17	79.077	77.400
2017/18	78.116	75.900
2018/19	77.138	74.400
2019/20	76.477	73.200
2020/21	75.917	72.500
2010/11 -> 2020/21	-15,4%	-20,3%
2013/14 -> 2020/21	-10,0%	-13,6%

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosezahlen des Ministeriums für Bildung und Kultur vom 27.6.2013

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Analyseergebnisse aus der Haushaltsstrukturkommission des Saarlandes, PWC-Bericht, Juni 2011, Seite 26 ff.

Folgt man der damaligen Betrachtung von PWC und der Umrechnung des Ministeriums mit den heute aktuelleren Zahlen, so läge bei einem Rückgang um 15,4 % von 2010/2011 aus gesehen der rechnerische Minderbedarf bei lediglich 1.027 Stellen.

Die Landeselterninitiative kritisiert, dass die Regierung für Lehrerstelleneinsparungen ab 2014 die Schülerzahl des Jahres 2010 als Ausgang nimmt, offensichtlich um auf eine möglichst hohe Haushaltsrendite zu kommen.

Bei einem Rückgang um 10 % von 2013/2014 an läge der rechnerische Minderbedarf bei 667 Stellen.

Nach Auskunft des Bildungsministers liegt der Bedarf an zusätzlichen Lehrerstellen für die im Koalitionsvertrag versprochenen Verbesserungen im schulischen Bereich bei rund 850.

Wenn das Ministerium vom rechnerischen Minderbedarf 667 (1.027) 588 Stellen im eigenen Ressort umschichtet, weil sie für andere Aufgaben gebraucht werden (sein rechnerischer Beitrag zu den 2.400 Stelleneinsparungen der Landesregierung), bleiben an sog. demografischer Rendite nur 79 (439) Vollzeitlehrerstellen für - wie die Regierung sagt - "Qualitätsverbesserungen kleinere Klassen, Ausbau der Ganztagsschulen, Personalisierung der Inklusion, etc .."

Die Landeselterninitiative für Bildung hat erhebliche Zweifel, dass es mit einer demografischen Rendite von 79 (439) Lehrerstellen gelingt, die schulische Bildung zu verbessern und die im Koalitionsvertrag angekündigten, nur mit gegenüber heute mehr Personal zu realisierenden Maßnahmen wie etwa individuelle Förderung und Verringerung der Klassengrößen an Grund- und weiterführenden Schulen, den Ausbau von Ganztagsschulen sowie die Einbeziehung von Kindern mit Behinderungen in die Regelschulen bis hin zu Lehrerfeuerwehr und Kooperationsjahr Kita/GS tatsächlich umzusetzen.

Wir beklagen im Übrigen, dass das Ministerium auf unseren (auf der Basis des Informationsfreiheitsgesetzes) gestellten Antrag vom 11. Juni 2013 hin bisher seine eigenen Berechnungen nicht offen gelegt hat. So bleibt unklar, wie ein Minderbedarf von 1.400 Lehrerstellen bestimmt wurde, der für Einsparungen (588) sowie Maßnahmen zur Bedarfdeckung und Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation (812) verwendet werden soll. (Nach § 6 Absatz 5 SFIG ist die Information dem Antragsteller unter Berücksichtigung seiner Belange unverzüglich zugänglich zu machen. Der Informationszugang soll innerhalb eines Monats erfolgen.)

Die Elterninitiative fordert die Landesregierung auf, die Berechnungen und die Personalplanungen für die Schulen sowie die Schritte zur Umsetzung des Koalitionsvertrages mit seinen angekündigten Verbesserungen offenzulegen.